

Kommuniqué über Beratungen zwischen Delegationen der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Dänemarks

In der Hauptstadt der DDR, Berlin, fanden vom 18. bis 19. Februar Beratungen zwischen Delegationen der Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und der Kommunistischen Partei Dänemarks statt.

An den Beratungen nahmen teil: seitens der SED die Genossen Hermann Matern, Mitglied des Politbüros, Hermann Axen, Kandidat des Politbüros, Peter Florin, Mitglied des Zentralkomitees, und Werner Lamberg, Kandidat des Zentralkomitees, seitens der Kommunistischen Partei Dänemarks die Genossen Knud Jespersen, Vorsitzender der Partei, die Mitglieder des Politbüros Poul Emanuel, Yb Noerlund und Ingmar Wagner.

Die Delegationen erörterten Probleme von beiderseitigem Interesse.

Beide Parteien stimmen darin überein, daß es zur Gewährleistung der europäischen Sicherheit eines energischen Kampfes bedarf. Die durch die Politik des kalten Krieges hervorgerufene Spaltung Europas in feindliche Militärbündnisse muß überwunden werden, indem die europäischen Staaten, ungeachtet ihrer unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen, auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz und der Unantastbarkeit der Grenzen, ein Gesamteuropäisches Sicherheitssystem schaffen. In diesem Sinne sind gemeinsame Anstrengungen für eine Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zwischen den in Europa bestehenden Staaten erforderlich.

Die Politik der herrschenden Kreise in Westdeutschland, die von den USA unterstützt wird, ist das größte Hindernis für die Festigung des europäischen Friedens. Das beweisen insbesondere das Streben der westdeutschen Regierung nach Verfügungsgewalt über Atomwaffen durch die MLF, ANF oder ähnliche Maßnahmen sowie ihre Pläne über die Errichtung eines Atomminengürtels im Rahmen ihrer aggressiven „Vorwärtsstrategie“.